



OSTALBKREIS

Information des Landratsamts Ostalbkreis nach Art. 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für die Durchführung ausländerrechtlicher Verfahren

Da das Landratsamt Ostalbkreis in ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahren personenbezogene Daten erhebt, verarbeitet und speichert, besteht eine Informationspflicht nach den Artikeln 13 und 14 DSGVO, der mit dieser Information nachgekommen wird.

Verantwortlicher:

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung der Daten ist das Landratsamt Ostalbkreis, Stuttgarter Straße 41, 73430 Aalen.
Verantwortlicher: Landrat Dr. Joachim Bläse
Tel.: 07361 5030
Mail: info@ostalbkreis.de

Verantwortlicher Geschäftsbereich: Sicherheit und Ordnung

Datenschutzbeauftragter:

Unser Datenschutzbeauftragter ist unter datenschutz@ostalbkreis.de zu erreichen.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Die Ausländerbehörde beim Landratsamt Ostalbkreis erhebt, verarbeitet, speichert und löscht personenbezogene Daten, soweit dies für die Erledigung der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist.

Die Rechtsgrundlagen für die entsprechenden Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich aus Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit.) a, c und e, Abs. 3 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 4 Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg (LDStG) in Verbindung mit § 86 ff Aufenthaltsgesetz (AufenthG); § 11 Abs. 1 Satz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU), §§ 6 und 7 Ausländerzentralregistergesetz (AZRG) und §§ 7 und 8 Asylgesetz (AsylG)). Verfahren werden des Weiteren auf Grundlage der jeweiligen Spezialvorschriften des Aufenthaltsgesetzes, den aufgrund des Aufenthaltsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen (u.a. Aufenthaltsverordnung, Beschäftigungsverordnung, Integrationskursverordnung), des Asylgesetzes, des Gesetzes über das Ausländerzentralregister, der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister durchgeführt.

Herkunft von anderen Stellen erhobenen personenbezogener Daten:

Wir erhalten personenbezogene Daten vom Bundesverwaltungsamt bzw. Ausländerzentralregister, den Meldebehörden der Städte und Gemeinden sowie von anderen Ausländerbehörden.

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden:

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, insbesondere Personalien (insbesondere Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand und Staatsangehörigkeit, Lichtbild), Daten zu Aufenthaltsdauer und -status (insbesondere Einreisedatum, Passdokument, Aufenthaltstitel, Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung, Aufenthaltsgestattung, ausländerrechtliche Entscheidungen anderer Behörden), Wohnsitz (insbesondere aktuelle und frühere Wohnanschriften) sowie ggf. strafrechtliche Ahndungen (insbesondere Straftat, Datum, Urteil, Strafmaß)

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten übermittelt werden dürfen:

Ihre Daten können insbesondere an folgende andere Stellen übermittelt werden: andere Ausländerbehörden, sonstige Behörden, Gerichte und konsularische Vertretungen bzw. an die zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Eine Übermittlung an Staaten außerhalb der Europäischen Union sowie internationale Organisationen findet nur statt, soweit dies nach Kapitel V der EU-DSGVO zulässig ist.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden gelöscht, sobald sie für die Aufgabenerledigung nicht mehr notwendig sind. Die nach der Aufenthaltsverordnung in der Ausländerdatei erfassten Daten werden zehn Jahre nach dem Fortzug aus dem Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde gelöscht, bei Einbürgerung und im Todesfall nach fünf Jahren. Die Daten eines Ausländers, der ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben wurde, werden gemäß § 91 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes zehn Jahre, nachdem die Sperrwirkung gemäß § 11 Abs. 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes abgelaufen ist, gelöscht.

Ihre Rechte:

Bezüglich Ihrer Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), sofern die entsprechenden Voraussetzungen nach der Datenschutz-Grundverordnung hierfür gegeben sind.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Ohne die Angabe Ihrer jeweiligen personenbezogenen Daten ist eine Durchführung der Verfahren nicht möglich.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Soweit Sie sich durch die Verarbeitung personenbezogener Daten in Ihren Rechten verletzt fühlen, haben Sie ein Recht zur Beschwerde beim

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Postfach 102932, 70025 Stuttgart.
Tel.: 0711 / 615541-0, Fax: 0711 / 615541-15
Mail: poststelle@lfdi.bwl.de